



Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Honorarprofessor an der Universität Bayreuth und Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland. Im HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum die freie Marktwirtschaft die einzige Wirtschaftsordnung ist, in der ein Gemeinwesen zum Nutzen aller funktionieren kann.

Mehr Kapitalismus wagen

Es liegt nicht an mangelnder sittlicher Reife der Menschen, dass der Sozialismus nicht verwirklicht werden kann. Ihm fehlt das, was die freie Marktwirtschaft als einzige Wirtschaftsform bietet | Von Thorsten Polleit

Viele Menschen bei uns und überall in der Welt stehen dem Kapitalismus ablehnend gegenüber. Der Kapitalismus sei kalt, berechnend und seelenlos, so ist zu hören. Der Kapitalismus habe keinen Respekt vor dem Individuum, er sorge für Ungerechtigkeit, für Wirtschaftskrisen, er befördere Raubbau an der Umwelt und gefährde den Frieden auf der Welt. Dass Menschen so denken, ist gar nicht verwunderlich.

Der Begriff „Kapitalismus“ ist ein Schlagwort des politischen Kampfes. Er ist Inbegriff einer politischen Propaganda und soll nicht Erkenntnis bringen, sondern anklagen, vereinnahmen und aufwiegeln. Und diese Propaganda trägt Früchte. Die Missstände, die sich heute weltweit zeigen – Wirtschafts- und Finanzkrisen, Arbeitslosigkeit und Armut, kriegerische Konflikte, Umweltverschmutzung – werden reflexartig als direktes oder indirektes Ergebnis des Kapitalismus gedeutet beziehungsweise umgedeutet nach dem Motto: „Capitalism is not in crisis. Capitalism is the crisis“ – der Kapitalismus steckt nicht in einer Krise, er selbst ist die Krise.

Die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht beispielsweise veröffentlichte 2012 ein Buch mit dem Titel „Freiheit statt Kapitalismus“. Kurz: Kapita-

lismus gleich Unfreiheit. Und so findet sich auch im Programm ihrer Partei gleich zu Beginn der Satz: „Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt, er hat sich die ganze Welt untertan gemacht.“ Kurz: Kapitalismus gleich Kolonialismus, Unterdrückung, Übergriffigkeit.

Angesichts dieser verbreiteten Sprach- und Denklendung im Zuge der Kapitalismuskritik ist es geraten, den Begriff „Kapitalismus“ einer klärenden Prüfung zu unterziehen. Der Ausdruck „kapitalistische“ Produktionsverhältnisse wurde zuerst von Karl Marx verwendet, nachfolgend verbreitete sich der Begriff Kapitalismus durch sozialwissenschaftliche Studien, vor allem solche von Werner Sombart und Max Weber. Kapitalismus lässt sich definieren als Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Diese kurzgefasste Definition beinhaltet viel: Sie impliziert Eigentum, Arbeitsteilung, Unternehmertum, Wettbewerb, Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Verantwortlichkeit für das eigene Handeln.

Die Verwendung des Begriffs Kapitalismus ist – auch wenn er missverständlich aufgefasst werden kann und heute vielfach negativ belegt ist – nationalökonomisch durchaus sinnvoll. Denn

Finanzkrisen, Armut, Umweltverschmutzung werden reflexartig, aber fälschlicherweise als Ergebnis des Kapitalismus gedeutet.

„verbreitete sich der Begriff Kapitalismus durch sozialwissenschaftliche Studien, vor allem solche von Werner Sombart und Max Weber. Kapitalismus lässt sich definieren als Sondereigentum



Der Begriff Kapitalismus ist zum negativen Schlagwort politischer Propaganda geworden. Jegliche Missstände wie Finanzkrisen, Arbeitslosigkeit und Armut, kriegerische Konflikte, Umweltverschmutzung werden reflexartig als Ergebnis des Kapitalismus umgedeutet nach dem Motto: Der Kapitalismus selbst ist die Krise. Das Bild vom 18. März 2015 veranschaulicht das absichtsvolle Missverstehen: Die Demonstration gilt der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, doch gerade deren Geldpolitik untergräbt die Marktwirtschaft wie kein anderer staatlicher Eingriff – der Nullzins lässt die kleinen Sparer verarmen, nicht der Kapitalismus.

er verdeutlicht, dass sich das wirtschaftliche Handeln an den Ergebnissen der Kapitalrechnung ausrichtet, in der Geld als Recheneinheit verwendet wird. Sozialismus – als Gegenentwurf zum Kapitalismus – bedeutet indessen Gemeineigentum an den Produktionsmitteln: Die Produktionsmittel gehören nicht Privaten, sondern sie gehören allen gleichermaßen.

Dass dies nicht funktionieren kann, hat der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf wissenschaftlicher Grundlage nachgewiesen und in seinem Aufsatz „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ dargelegt. Dieser Aufsatz aus dem Jahr 1920 ist zu den wichtigsten Beiträgen in den Wirtschaftswissenschaften im 20. Jahrhundert zu zählen. Mises' Begründung, warum der Sozialismus unmöglich ist, lautet kurz gesagt: Im Sozialismus gibt es kein Privateigentum.

Folglich gibt es auch keine Märkte, auf denen sich durch Angebot und Nachfrage Preise für Güter bilden können. Ohne Marktpreise ist aber eine Wirtschaftsrechnung gänzlich unmöglich. Folglich ist im Sozialismus ein Wirtschaften gar nicht machbar. Es lässt sich nicht erkennen, was dringend gebraucht wird. Man kann auch Knappheit nicht erkennen – man hat keine Möglichkeit zu wissen, ob die Mittel ausreichen, eine Produktion überhaupt zum Erfolg zu bringen.

Dass die sozialistischen Regime im 20. Jahrhundert allesamt gescheitert sind, lag also nicht daran, dass die Falschen, dass schlechte Personen dabei das Sagen hatten, wie ein verbreiteter Irrtum lautet. Die „logische“ Folgerung dieses Irrtums ist, dass ein künftiger Sozialismus funktionieren könnte, wenn man nur sicherstellt, dass gute Personen diesmal die Entscheidungsgewalt bekommen. Mitnichten. Es liegt nicht an mangelnder sitt-

licher Reife der Menschen, dass der Sozialismus nicht verwirklicht werden kann. Der Sozialismus ist undurchführbar, weil in ihm keine Wirtschaftsrechnung möglich ist. Die intellektuellen Aufgaben, die es zu erfüllen gilt, um ein funktionierendes System zu betreiben, übersteigen ohne Wirtschaftlichkeitsrechnung das Menschenmögliche.

Das trifft auf den Sozialismus zu, aber ebenso auch auf ein Mischsystem zwischen Sozialismus und Kapitalismus, genannt Interventionismus. Der Interventionismus versucht, das Gute von Kapitalismus und Sozialismus zu nutzen und gleichzeitig das Schlechte von Kapitalismus und Sozialismus auszuschalten. Der Interventionismus wird daher gern auch als „dritter Weg“ bezeichnet – in Deutschland wird er gern als „soziale Marktwirtschaft“ getarnt.

Die Anhänger und Befürworter des Interventionismus sehen ein, dass der Sozialismus undurchführbar ist. Aber sie haben mehr oder weniger große Vorbehalte, den Kapitalismus zu akzeptieren, zumindest ihn uneingeschränkt zu akzeptieren. Sie möchten das Sondereigentum an den Produktionsmitteln zwar nicht aufheben, aber doch einschränken. Das Eigentum und die Verfügung über das Eigentum sollen durch staatliche Ge- und Verbote, Weisungen und Regulierungen kontrolliert und geleitet werden, und zwar so, wie es sich die Interventionisten vorstellen.

Das mag manchmal gut gemeint sein – der Interventionismus ist dennoch sinn- und zweckwidrig

und ebenso wie der Sozialismus zum Scheitern verurteilt. Warum, das lässt sich am besten anhand eines Beispiels illustrieren: Nehmen wir an, der Staat will die Milchversorgung für die Bevölkerung verbessern. Dazu legt er einen Höchstpreis für Milch fest, und zwar so, dass der Höchstpreis für Milch unter dem Milchpreis liegt, der sich im freien Markt bilden würde. Die Folge ist, dass die weniger profitablen Milchproduzenten ihre Produktion einschränken, weil sie zum festgelegten Höchstpreis nicht mehr gewinnbringend produzieren können.

„Dass der Sozialismus nicht funktioniert, geht auf eine einfache Tatsache zurück: Es fehlt das Privateigentum.“

Das Milchangebot nimmt folglich ab. Die Entwicklung läuft also dem ursprünglichen Ziel, das Milchangebot zu erhöhen, zuwider. Will der Staat nun diese unerwünschte Situation

(die schlechter ist als die Ausgangssituation) abstellen, muss er beispielsweise dafür sorgen, dass die Produktionskosten der Milchanbieter sinken. Dazu kann er zum Beispiel eine Senkung von Löhnen und Preisen für Energie anordnen. Er erlässt damit Höchstpreise für Löhne und Energie, die nicht überschritten werden dürfen. Darauf entstehen Probleme im Arbeits- und Energiemarkt: Das Angebot von Arbeit und Energie nimmt ab. Um das Missverhältnis zu regulieren, muss der Staat zu weiteren Interventionen greifen – schlimmstenfalls muss er die Arbeitnehmer zur Arbeit zwingen.

Man sieht: Es kommt zu einer Interventionsspirale. Nach und nach wird per Zwang alles bestimmt: Löhne, Preise und Zinsen. Der Inter-

Anzeige

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling (Redaktion), Janine Kulbrok (Anzeigen), beide c/o Verlag
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de
Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 27. Oktober 2015 | Wiedergabe von Beiträgen nach Genehmigung stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.
DER HAUPTSTADTBRIEF erscheint mit acht Ausgaben im Jahr.

ISSN 2197-2761



Wir werden besser leben – ohne Privateigentum, in der staatlich gelenkten Planwirtschaft. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies eine Vorstellung ist, die nicht funktioniert, weil sie nicht funktionieren kann. Nur die Marktwirtschaft ermöglicht jene Vorgänge, die für das Gelingen eines Gemeinwesens Voraussetzung sind (im Bild ein DDR-Plakat von 1951).

ventionismus untergräbt das Privateigentum, hebt es de facto auf. Er führt am Ende in eine Zwangswirtschaft. Eine solche Zwangswirtschaft gab es bereits im deutschen Kaiserreich während des Ersten Weltkriegs. Ab 1916 wurden die Kontrollen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens verschärft. Die Produktion wurde auf die Kriegserfordernisse ausgerichtet: Der Staat befahl den Unternehmern, was zu produzieren war. Paul von Hindenburg (1847 bis 1934) übte in dieser Zeit quasi diktatorische Regierungsgewalt aus.

Ganz ähnlich dann im Deutschen Reich in den 1930er-Jahren. Die Nationalsozialisten beließen den Unternehmern zwar grundsätzlich ihr Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Gleichzeitig wurden die Unternehmer jedoch vom Staat gezwungen, ihre Produktion an den Wünschen des Regimes auszurichten. Die nationalsozialistische Wirtschaft war eine Zwangswirtschaft, in der das Sondereigentum an den Produktionsmitteln nur scheinbar erhalten bleibt, de facto aber aufgehoben war.

Die historische Erfahrung illustriert unmissverständlich eine unerschütterliche nationalökonomische Erkenntnis: Die freie Marktwirtschaft ist nicht nur die leistungsfähigste, sie ist auch die einzig mögliche dauerhaft funktionierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der Menschen produktiv und friedvoll miteinander kooperieren können. Es ist die freie Marktwirtschaft, die überhaupt erst das Überleben einer großen Weltbevölkerung möglich macht. Ludwig von Mises hat das in seinen Schriften mit beispielloser Klarheit aufgezeigt und immer wieder unermüdlich erklärt.

Eine zentrale Notwendigkeit freien Wirtschaftens – und den Kritikern des Kapitalismus ein besonderer Dorn im Auge – ist das Eigentum. Eigentum beruht auf der Neigung des Menschen, zwischen mein und dein zu unterscheiden. Er tut dies unter dem Gebot der Knappheit. Der Mensch handelt stets unter Knappheit, allein schon deshalb, weil Handeln immer den Einsatz von Zeit erfordert, und Zeit knapp ist. Fast nichts ist unendlich vorhanden – weder Rohstoffe noch Güter noch Zeit. Wer Zeit aufwendet, um etwas zu tun, zu erzeugen oder zu erreichen, muss zwangsläufig auf etwas anderes

verzichten. Güterknappheit jeder Art aber führt zu Problemen, wenn Menschen in einer Gemeinschaft leben. Wer hat den rechtmäßigen Anspruch auf die knappen Mittel? Wenn Gezerre und Streit verhindert werden sollen, braucht es eine Norm, die besagt, was wem und wann zusteht.

Eine Basisnorm lautet: Jeder gehört sich selbst. Jeder hat an sich Selbsteigentum. Der Mensch muss seinen Körper erhalten. Er muss essen und trinken, braucht Schutz vor Witterungseinflüssen – er braucht Güter, um überleben zu können. Weil diese Güter knapp sind, konkurriert man um sie. Wenn der eine alles isst, bleibt der nächste hungrig. Eine Norm, die daraus resultierende Konflikte regelt, ist das Gewaltausschlussprinzip, das Nicht-Aggressionsprinzip.

Nach dem Nicht-Aggressionsprinzip lässt sich Eigentum an Gütern auf drei – und nur auf diesen drei – Wegen erlangen:

1. durch Inbesitznahme von Gütern, die nicht das Eigentum einer anderen Person sind,
2. durch eigene Produktion von Gütern und
3. durch freiwilliges Tauschen.

Wird das Selbsteigentum und das Eigentum an selbst erwirtschafteten Gütern akzeptiert, lassen sich Konflikte aufgrund von Güterknappheit vermeiden beziehungsweise regeln.

Na eben, hört man da Kapitalismus-Kritiker sogleich rufen – und dann sammeln die Erfolgreichen immer mehr Eigentum an, Großunternehmen werden immer größer und mächtiger, wenige akkumulieren immer mehr Reichtum, und den anderen bleibt nichts anders übrig, als ihre Haut zu Markte zu tragen.

Nein, eben nicht: In der Marktwirtschaft setzt der Eigentümer sein Eigentum ein, um etwas zu produzieren, was andere nachfragen. Der Bäcker setzt seinen Backofen ein, um Brot zu backen, das nicht er, sondern andere kaufen

und konsumieren. Wird sein Brot gekauft, verbucht er einen Gewinn und kann seine Aktivitäten ausweiten. Verschmähen die Konsumenten sein Brot, erleidet er Verluste und muss möglicherweise aus dem Markt ausscheiden.

In der Marktwirtschaft muss der Unternehmer sein Vermögen stets von neuem verdienen, indem er den Zuspruch seiner Kunden gewinnt und behält. Er muss sich auf dem Markt bewähren, damit er Eigentümer seiner Firma bleibt. Damit ihm das gelingt, muss auf die Einhaltung der Normen des Selbsteigentums und des Nicht-Aggressionsprinzips zumindest über-

**Ohne Marktpreise
ist eine Wirtschaftsrechnung
gänzlich unmöglich.
Deshalb ist Sozialismus
undurchführbar.**

“wiegend Verlass sein. Das Respektieren des Selbsteigentums und des Eigentums, das eine Person sich erarbeitet hat beziehungsweise durch freiwillige Transaktionen mit anderen erworben

hat, erweist sich als ethisch-vernünftige Regel für das Zusammenleben in der Gemeinschaft.

Dessen ungeachtet ist zu beobachten, dass der Interventionismus heute immer mehr an Boden gewinnt. Der Staat ist bereits in alle relevanten Lebens- und Wirtschaftsbereiche vorgedrungen – ob Erziehung, Arbeit, Energie, Gesundheit, Altersvorsorge, Transport, Umwelt oder Kredit- und Geldwesen. Eine wachsende Zahl staatlicher Ge- und Verbote, Auflagen und Regulierungen reglementiert die Freiräume menschlichen Handelns und verengt die Handlungsfreiheiten der Bürger und Unternehmer. Die Parole, unter der eine Gegenwehr firmiert, kann eigentlich nur lauten: Mehr Kapitalismus wagen. ♦



Soeben hat das Ludwig von Mises Institut Deutschland, dessen Präsident unser Autor Thorsten Polleit ist, sein erstes Crowdfunding-Projekt erfolgreich abgeschlossen: Eine Neuauflage des seit geraumer Zeit vergriffenen Buches *Ludwig von Mises. Der Mensch und sein Werk* von Margit von Mises wurde so ermöglicht. Mehr dazu auf www.misesde.org

